



Zuger Zeitung + 5

Reach: 13'306

Visits: 399'200

AÄW: 400 CHF

Datum: 10.06.2026

Autor: Philipp Unterschütz

Nidwalden will auch Ständemehr



Regierung und die Mehrheit des Landrats sind sich einig: Nidwalden reicht eine Standesinitiative ein, dass bei der Abstimmung über das EU-Rahmenabkommen das Ständemehr berücksichtigt werden muss.

Der Bundesrat ist der Meinung, bei der Abstimmung über das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) müsse das Ständemehr nicht zur Anwendung kommen. Ein Volksmehr genüge. Diese Meinung teilt in Nidwalden weder die Regierung, noch die Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) oder die Mehrheit des Parlaments. So beschloss der Landrat mit 42 Ja gegen 15 Nein am Mittwoch, dass der Kanton Nidwalden eine Standesinitiative bei der Bundesversammlung einreicht. Diese verlangt die Unterstellung eines Rahmenabkommens mit der EU «unter das obligatorische Staatsvertragsreferendum suis generis». Oder mit anderen Worten: Wenn dereinst darüber abgestimmt wird, zählen nicht nur die Stimmen des Volkes, sondern auch die der Kantone in Form des Ständemehrs.

Die Nidwaldner Regierung sowie eine Mehrheit des Landrats

fordern bei einer Abstimmung über das EU-Rahmenabkommen eine Berücksichtigung des Ständemehrs.

Symbolbild: Alessandro Della Valle/Keystone

Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser betonte zuerst, es gehe um eine staatspolitische Entscheidung und nicht um die EU. Die Regierung sei der Meinung, dass ein derart weitreichendes institutionelles Abkommen die demokratische Zustimmung von Volk und Ständen brauche. «Auch wenn die Schweiz die Übernahme von EU-Recht gemäss innerstaatlichen Verfahren ablehnen könnte, stünde sie unter dem Druck drohender Ausgleichsmassnahmen, was die freie Willensbildung im Parlament und allenfalls auch im Volk beeinträchtige», hielt sie fest. Die Regierung hätte es begrüsst, wenn sich der Bundesrat für die Unterstellung unter das obligatorische Staatsvertragsreferendum entschieden hätte.

Auch Beatrice Richard-Ruf (FDP, Stans) als Sprecherin der Kommission SJS stimmte der Regierung zu. Die Mehrheit der SJS unterstützt die Einreichung der Standesinitiative. Sie sei der Ansicht, dass das Rahmenabkommen alle Bereiche der Schweiz betreffe und daher eine breit angelegte Debatte verdiene. Die ursprünglich gewünschte Stabilität sei nicht mehr im erforderlichen Mass vorhanden. «Die Mehrheit erachtet die Standesinitiative als klares Signal auf nationaler Ebene, das auch von Nidwalden ent-

sprechend unterstützt werden soll.»

Nicht alle unterstützen Standesinitiative

FDP, SVP und Mitte unterstützten die Einreichung der Standesinitiative. Das Ständemehr schütze die föderale Struktur und stelle sicher, dass nicht nur die bevölkerungsreichen Kantone über solch tiefgreifende Weichenstellungen allein entscheiden könnten, hiess es etwa. Die historische und rechtliche Logik verlange es, dass einem Vertrag dieser Tragweite Volk und Stände gemeinsam zustimmen müssten. Nur so bleibe der demokratische Charakter der Schweiz und die Balance zwischen den Kantonen erhalten.

GLP und die Grünen/SP lehnten die Standesinitiative ab. Man stimme dem Bundesrat zu und sei eben-

falls der Meinung, es brauche bei dieser Vorlage nicht zwingend ein Ständemehr. Die Schweiz sei ohnehin der EU-Gesetzgebung ausgeliefert und die Rechtsübernahme sei schon fast selbstverständlich, sagte etwa Thomas Wallimann (Grüne, Ennetmoos).

Die Einreichung der Standesinitiative ging zurück auf eine Motion, die Armin Odermatt (SVP, Oberdorf) im Februar 2025 eingereicht hatte und die vom Landrat im November 2025 mit Zustimmung der Regierung gutgeheissen wurde.

Regierung und Landrat wollen eine Standesinitiative einreichen. Das Ständemehr soll bei einer Abstimmung über das EU-Rahmenabkommen berücksichtigt werden.

[Link öffnen](#)

Buzz Gesamt: 6 Reach gesamt: 285'031 Visits gesamt: 8'551'000 AÄW gesamt: 11'400 CHF

[Zuger Zeitung](#) | [Oltner Tagblatt](#) | [Luzerner Zeitung](#) | [Solothurner Zeitung](#) | [Nidwaldner Zeitung](#) | [Luzerner Zeitung](#)